

# UNSERE

# THEMEN

Wahlprogramm

der Piratenpartei Augsburg

zur Kommunalwahl 2014



**PIRATEN  
WÄHLEN**

1. Auflage 2013, Augsburg

herausgegeben von der  
Piratenpartei Deutschland  
Kreisverband Augsburg  
Mittlerer Graben 1  
86150 Augsburg

V.i.S.d.P.: Vinzenz Vietzke  
vorstand@piraten-augsburg.de  
www.piraten-augsburg.de

*Satz und Layout: Michael Wendland, Vinzenz Vietzke  
gesetzt in Politics Head und DejaRip  
Lektorat: kommt*

lizensiert unter Creative Commons BY-SA 3.0

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1 KULTUR</b>	<b>6</b>
1.1 Förderung der kulturellen Entwicklung von Nachwuchs- künstlern . . . . .	6
1.2 Kulturpolitik . . . . .	7
1.2.1 Einleitung . . . . .	7
1.2.2 Bedarfsanalyse . . . . .	8
1.2.3 Bildungsauftrag . . . . .	8
1.2.4 Integration . . . . .	8
1.2.5 Schaffung einer breit gefächerten Kulturszene	9
1.2.6 Raum für Kultur schaffen . . . . .	9
1.2.7 Kulturräume . . . . .	10
1.2.8 Einführung von Pauschaltickets . . . . .	11
1.2.9 Konkrete Forderungen der PIRATEN an die lo- kale Kulturpolitik . . . . .	12
1.3 Portal / Datenbank für kostenlose Veranstaltungen in Augsburg . . . . .	15
<b>2 BILDUNG</b>	<b>17</b>
2.1 Ganztagesbetreuung ausbauen . . . . .	17
2.2 Inklusion ermöglichen und erleichtern . . . . .	17
2.3 IT-Ausstattung der Schulen verbessern . . . . .	18

2.4	Sanierung und Modernisierung der Gebäude . . . .	18
2.5	Sozialpädagogische Arbeit stärken . . . . .	19
<b>3</b>	<b>BÜRGERBETEILIGUNG UND BÜRGERRECHTE</b>	<b>20</b>
3.1	Beteiligung der Bürger an Projekten und Großprojekten . . . . .	20
3.2	Einführung eines Bürgerhaushalts . . . . .	21
3.2.1	Grundverständnis . . . . .	21
3.2.2	Transparenz . . . . .	22
3.2.3	Information . . . . .	22
3.2.4	Dialog- und Beteiligungsphase . . . . .	22
3.2.5	Rechenschaft . . . . .	23
<b>4</b>	<b>DATENSCHUTZ UND TRANSPARENZ</b>	<b>24</b>
4.1	Datenherausgabe durch Bürgerämter nur nach Zustimmung . . . . .	24
4.2	Datenschutzschulungen für kommunale Mitarbeiter	25
4.3	Informationsfreiheitsgesetz für Augsburg . . . . .	25
4.4	Stadtwerke GmbH wieder in einen Eigenbetrieb der Stadt Augsburg überführen um Transparenz wiederherzustellen . . . . .	27
4.5	Keine Videoüberwachung im öffentlichen Raum . .	27
4.6	Keine Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln . . . . .	28
<b>5</b>	<b>OFFENE STANDARDS UND FREIE NETZE</b>	<b>30</b>
5.1	Freie Netzwerke . . . . .	30
5.2	Freie Software in kommunaler IT-Infrastruktur . . . .	31

5.3	Offene Standards in der kommunalen Verwaltung und Politik . . . . .	33
<b>6</b>	<b>INFRASTRUKTUR</b>	<b>34</b>
6.1	Barrierefreiheit . . . . .	34
6.2	Barrierefreie Spielplätze fördern . . . . .	35
6.3	Bessere Vernetzung von Fahrradwegen im ländlichen Raum . . . . .	36
6.4	Semesterticket . . . . .	37
6.5	Öffentlicher Nahverkehr . . . . .	37
6.6	Umweltzone . . . . .	39
<b>7</b>	<b>STADTENTWICKLUNG</b>	<b>40</b>
7.1	Echten öffentlichen Raum erhalten - gegen den temporären und permanenten Verlust öffentlichen Raumes . . . . .	40
7.2	Instandhaltung und Sanierung von Bauwerken und Infrastruktur im Stadtgebiet . . . . .	41
7.3	Königsplatz/Haltestellen wieder zu echtem öffentlichen Raum machen . . . . .	42
7.4	Öffentliche Wasserspender im Stadtgebiet . . . . .	43
<b>8</b>	<b>WIRTSCHAFT UND SOZIALES</b>	<b>45</b>
8.1	Abgeordnetenwatch für Augsburg Stadt und Landkreis . . . . .	45
8.2	Digitaler Tourismusführer . . . . .	46
8.3	Mindestlohn Kommunalen Angestellten . . . . .	47

# 1 KULTUR

## 1.1 FÖRDERUNG DER KULTURELLEN ENTWICKLUNG VON NACHWUCHSKÜNSTLERN

Augsburg ist nicht nur historisch gesehen ein Zentrum kultureller Entwicklung. Auch in unserer Gegenwart gibt es bei uns ein großes Potential an kunstschaftenden Menschen, sowohl im musischen wie auch im gestalterischen Bereich.

Die Förderung der Nachwuchskünstler beschränkt sich jedoch bislang überwiegend auf die Aspekte der Ausbildung in Form von verschiedenen (Fach-)Schulen oder auf einzelne, lokale Events, wie z.B. den „Band-des-Jahres“-Wettbewerb. Im Alltag jedoch bietet Augsburg den Nachwuchskünstlern nur wenig Möglichkeiten, sich zu entfalten bzw. ihre Kunst zu präsentieren.

Die Piratenpartei setzt sich aus diesem Grund für einen Ausbau der Nachwuchsförderung künstlerisch ambitionierter Nachwuchstalente durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen ein.

Mögliche Vorschläge hierzu wären:

- Ausbau kostengünstiger Proberäume für Musikbands

- Organisation bzw. Bereitstellung von Flächen für die Aufführungen von Musik- oder Theaterproduktionen abseits etablierter Räume, z.B. durch Festivals oder Auftrittsmöglichkeiten abseits von „Pay2Play“
- Freigabe von Flächen für Graffiti-gestaltungen
- Einrichtung von Ausstellungsflächen für bildnerische Gestaltungskunst / Malereien in öffentlichen Gebäuden

## **1.2 KULTURPOLITIK**

### **1.2.1 EINLEITUNG**

Kultur ist ein wichtiges Gut, das man schützen und erhalten muss, sowie einer der zentralen Standortfaktoren. In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurde in Augsburg Kulturförderung einseitig zugunsten von repräsentativer Hochkultur betrieben. In Prestigeobjekte wie das Stadttheater, städtische Museen oder die Festivals rund um Brecht oder Mozart wurden große Summen investiert. Gleichzeitig fristen kleine, aber mit viel Einsatz geschaffene Projekte ein Nischendasein. Selbst das überregional bekannte und vielbeachtete lab30 musste mit massiven Budgetkürzungen und damit auch um sein Überleben kämpfen.

Trotz der beständigen Versuche, die sogenannte „Hochkultur“ zu fördern, wird Augsburg von außen nur als kleiner Vorort und kulturell wenig relevanter Nachbar Münchens wahrgenommen. Soll sich das ändern, müssen Projekte gefördert und ins Leben gerufen

werden, welche die Kulturszene für ein lokales, aber auch überregionales Publikum interessanter machen. Dies kann nur über die Stärkung von Nischenthemen sowie über eine Spezialisierung in den einzelnen Kultursparten funktionieren.

### **1.2.2 BEDARFSANALYSE**

Um ein kommunales Kulturangebot realistisch planen zu können, sollte von einer lokalen kulturwissenschaftlichen Fakultät untersucht werden, welche Kulturformen von der Bevölkerung nachgefragt werden sowie welche benötigten Kulturprojekte nicht ohne öffentliche Förderung existieren können.

### **1.2.3 BILDUNGSAUFTRAG**

Öffentlich finanzierte Kulturangebote sind darauf hin zu prüfen, ob sie einen Bildungsauftrag gegenüber der Gesamtbevölkerung wahrnehmen. Die finanzielle Unterstützung dieser Angebote muss sich auch nach diesem Kriterium richten.

### **1.2.4 INTEGRATION**

Augsburg liegt beim Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund in der Spitzengruppe deutscher Großstädte – bei den Kulturausgaben ist das nicht zu erkennen. Ein jährlicher Volkstanzabend mit Ansprache eines Politikers kann nicht als Kulturarbeit gelten – auch hier benötigt die Kommune eine Bedarfsermittlung und engagiertere Unterstützung von Bürgerinitiativen.



## **1.2.5 SCHAFFUNG EINER BREIT GEFÄCHERTEN KULTURSZENE**

Nur über eine umfassende und inhaltlich breit aufgestellte Kulturpolitik können Ausgaben gegenüber der Bevölkerung gerechtfertigt werden. Die Piratenpartei Augsburg setzt sich einerseits dafür ein, vorhandene Gelder gerechter für die einzelnen Wirkungskreise innerhalb der Stadt zu verteilen. Etablierte Kulturinstitutionen sollen weiterhin gestützt werden, aber nicht wie bisher zu Lasten kleinerer und neuer Initiativen. Andererseits müssen langfristig mehr Gelder für den Kulturbereich bereitgestellt werden, um seinen Erhalt in der drittgrößten Stadt Bayerns zu gewährleisten. Hierfür gilt es in anderen Ressorts, soweit möglich, Einsparungen vorzunehmen und kosteneffizient bereits bestehende Projekte zu stärken, anstatt zusätzliche Parallelstrukturen zu schaffen. Initiativen aus der Bevölkerung sind zu bevorzugen, da diese meist schon im Vorfeld über breite Akzeptanz verfügen.

## **1.2.6 RAUM FÜR KULTUR SCHAFFEN**

Kulturschaffende brauchen genügend Platz, damit sie sich entfalten und arbeiten können. Die Piratenpartei Augsburg fordert deshalb, dass zusätzliche Räumlichkeiten für Kulturschaffende bereitgestellt werden. Gerade ungenutzte Gebäude und Brachflächen im Stadtgebiet können für solche Zwecke optimal genutzt werden. Die aner kennenswerte Arbeit der Kulturpark West gGmbH verdient mehr Unterstützung, auch und gerade finanziell.

Oftmals entwickeln sich rund um solche Objekte aus der Bevölkerung bedarfsorientierte Initiativen. Diese gilt es von Seiten der Stadtregierung nach Kräften zu unterstützen und die bürokratischen Hürden möglichst niedrig zu halten. Allein schon die mediale Aufmerksamkeit für den „Grandhotel Cosmopolis“ sollte Grund genug für eine Stadtregierung sein, vergleichbare Initiativen zu fördern.

Ergänzend zu diesen, meist langfristig angelegten Projekten, gilt es Zwischennutzung zu ermöglichen: Gebäude und Flächen, auch wenn sie nur wenige Monate leer stehen, können durch innovative Ideen eine große Bereicherung eines gesamten Quartiers sein. Beste Beispiele sind hierfür das „Jean Stein“ auf dem ehem. Hasenbräu-Gelände oder das „Muhackl oder Blutwurst“ am Perlachberg. Eine Koordinationsstelle für Gebäude, Räume oder Flächen zur kulturellen Zwischennutzung ist wünschenswert.

### **1.2.7 KULTURZONEN**

Rechtssicherheit für Bewohner und Kulturschaffende besteht derzeit nur eingeschränkt. Gerade im Innenstadtbereich, aber auch im näheren Umkreis von Kulturbetriebsstätten in anderen Bezirken herrscht Unsicherheit über zulässige Lärmemissionswerte und Bewertung des Verkehrsaufkommens zu den Kultureinrichtungen und -veranstaltungen. Hier kann die Stadtregierung bzw der Stadtrat Abhilfe schaffen und durch Beschluss definieren, welche Strassenzüge den bestehenden Charakter eines Misch- und welche tat-

sächlich den eines auch von Verkehrsgläusch (innenstadttypisch sind 70 dba tags und 60 dba nachts, bei Kopfsteinpflasterbelag höher) abgeschirmten reinen Wohngebiets haben.

## **1.2.8 EINFÜHRUNG VON PAUSCHALTICKETS**

### **ZOO-TICKET**

Die Piratenpartei Augsburg plant die sinnvolle Nutzung der bestehenden Park&Ride-Plätze durch die Einführung eines sog. „Zoo-Tickets“. Das Ticket kann an allen Fahrkartenautomaten erworben werden und ermöglicht dadurch im Zoo vergünstigten Eintritt. Besucher können mit diesem Ticket für Bus und Straßenbahn aus dem gesamten Tarifgebiet der Zone 10 und 20 bis zum Zoo fahren. Dort gilt das Ticket direkt als Eintrittskarte, wodurch auch Wartezeiten vermieden werden.

### **GARTEN-TICKET**

Analog zum Zoo-Ticket soll ein Ticket für den Botanischen Garten inkl. ÖPNV-Anfahrt geschaffen werden. Die Strukturierung mit Zone 10 und 20 sowie dem vergünstigten Eintritt ist gleich zum Zoo-Ticket, nur der Preis differiert, da der Botanische Garten an sich günstiger als der Zoo ist.

Durch den Pauschalpreis der Ticket wird nicht nur die Attraktivität von Zoo und Botanischem Garten gesteigert, sondern auch die der ÖPNV-Nutzung. Zusätzlich wird - gerade an den besuchsstarken Wochenenden und Feiertagen - der innerstädtische Bereich vom Individualverkehr entlastet.

## **1.2.9 KONKRETE FORDERUNGEN DER PIRATEN AN DIE LOKALE KULTURPOLITIK**

### **EINFÜHRUNG EINES KULTURTICKETS**

Die zeitgemäße Vermittlung von musealen Objekten sollte nicht nur einer einzigen Zielgruppe zugänglich gemacht werden, sondern vielen heterogenen gesellschaftlichen Gruppierungen. Nicht nur Kinder brauchen einen niedrigschwelligen Zugang zu musealer Bildung, auch Erwachsene sollen unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ zu neuen Impulsen und Denkmustern angeregt werden. Eine radikal modernisierte Museumspädagogik kann helfen, angestaubte Inhalte neu zu kontextuieren und sie größeren Publikumsgruppen näher zu bringen. Dabei sollte man als wichtigen Leitgedanken anführen, dass Kunst zu den Menschen, statt Menschen zur Kunst gebracht werden muss. Dieser Leitgedanke soll durch ein sogenanntes Kulturticket in Augsburg für jeden Bürger wieder erschwinglich und zugänglich gemacht werden. Dank der Einsparungen bei den Zuschüssen für Hochkultur ist eine Umverteilung von Finanzmitteln möglich und man erhält mit diesem Ticket in sämtlichen Museen und öffentlichen Gebäuden vergünstigten Eintritt. Durch dieses Ticket soll beim lokalen, aber auch überregionalen Publikum wieder das Interesse auf Museen und Kunst geweckt werden. Es werden Barrieren abgebaut und gleichzeitig soziale Hürden genommen, um Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe an kulturellem (und damit sozialem) Leben zu ermöglichen.

## **NACHWUCHSFÖRDERUNG IM KULTURBEREICH**

In der heutigen Zeit dürfen wir die Nachwuchsförderung im Kulturbereich nicht vergessen. Dabei gehört nicht nur dazu, dass Heranwachsende kulturelle Ereignisse miterleben, sondern auch die aktive Teilnahme ist von größter Bedeutung. Um eine aktive Teilnahme an Kunst und Kultur zu ermöglichen ist eine Vernetzung der Schulen mit Institutionen der Soziokultur, der Laienkultur, sowie der in öffentlicher Hand befindlichen Kulturbetriebe enorm wichtig. Die Piraten Augsburg fördern deshalb die Vernetzung mit außerschulischen Institutionen, um den Kindern und Jugendlichen eine aktive Teilnahme an Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Wir müssen Bildungs- und Kulturpolitik wieder stärker verzahnen, damit Kultur allen näher gebracht werden kann.

## **SPEZIALFALL STADTTHEATER**

In Augsburg fließt die Hälfte des städtischen Kulturetats in den Erhalt und den Betrieb des Stadttheaters – ein klarer Hinweis darauf, dass sich die 24st-grösste deutsche Stadt ein solches Prestigeobjekt nicht leisten kann. Aus der chronischen Unterfinanzierung sowohl des Kultur- als auch des Theateretats müssen daher Lösungswege führen. Um nicht etwa zu privatwirtschaftlichen Lösungen (etwa Eintrittspreisstaffelung nach Wohnort) greifen zu müssen, ist ein Umwidmen zum Bezirks- oder Staatstheater mit entsprechender Unterstützung aus übergeordneten Verwaltungsgliederungen vorzuziehen. Der Kulturetat muss die Gesamtsituation der urbanen Kulturszene widerspiegeln, Theater haben allerdings grundsätzlich einen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen, nicht nur ei-

nen historisch begründeten. Die Piratenpartei setzt sich deshalb dafür ein, stärker auf projektgebundene Förderung zu setzen, um so die Vielfalt der lokalen Kulturszene innerhalb des Theaters abzubilden und durch das Theater zu fördern. Ohne ständige zusätzliche Mittel, etwa aus dem Landeskulturretat, ist eine Erfüllung des kulturellen Versorgungsauftrags durch das Theater auf Dauer nicht vorstellbar. Andernfalls müssen weniger Produktionen und Premieren durchgeführt werden, um zeitliche und organisatorische Freiräume für Projektkultur zu schaffen.

## **SPEZIALFALL MUSEEN**

Die städtischen Museen beanspruchen einen signifikanten Teil der städtischen Kulturmittel, ohne dass ein Bildungsauftrag sichtbar wäre. Hier fehlt ein gesamtstädtisches Museumskonzept, das sich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung wie auch die Ausgabensituation im Kultursektor bezieht. Ein Weg dorthin wäre das gezielte Verteilen der musealen Ressourcen, etwa ausgewählte Öffnungszeiten im Rahmen eines Konzeptes für selbstverständlichere Nutzung durch die Bürger.

## **SPEZIALFALL BRECHTFESTIVAL**

Augsburgs Geschichte verfügt nur über wenige international bekannte Kultur- und Wissenschaftler – ein Hinweis auf konsequent fehlende Nachwuchsförderung. Das Brechtfestival könnte hier zur Belebung lokalen Kulturschaffens und als geistiger Nährboden für künftige Brechts und Mozarts dienen. Der bisher vor al-

lem für Aussendarstellung genutzte und leider nicht wirklich transparente Etat wäre im Sinne Brechts besser für episches Volkstheater aus der Mitte der Stadtbevölkerung einzusetzen.

## **SPEZIALFALL POPKULTUR**

Die unglückliche Verquickung von Wahlkampf und Popkultur führte in Augsburg zur Installation eines Popkulturbeauftragten, der wegen des politischen Spagats von Anfang an ohne echte Chance auf Gestaltungserfolg war und in dieser Situation letztlich auch resignierte. Popkultur ist grundsätzlich nicht von Förderung abhängig, sondern auch im privatwirtschaftlichen Rahmen überlebensfähig. Allerdings kommt der kommunalen Kulturpolitik auch hier eine verantwortungsvolle Aufgabe zu, die der Nachwuchsförderung. Erprobte Instrumente bilden hier die Schaffung bzw ausreichende Finanzierung von Jugend- und Kulturzentren, um ein Gedeihen von Jugend- und Popkultur bereits unterhalb der Wirtschaftlichkeitsschwelle zu ermöglichen.

## **1.3 PORTAL / DATENBANK FÜR KOSTENLOSE VERANSTALTUNGEN IN AUGSBURG**

Die Stadt Augsburg soll, um die Attraktivität der Stadt zu steigern und gesellschaftliche Teilhabe auch jenseits von Konsum zu fördern, ein Portal betreiben, in dem Veranstalter von Vorträgen, Podiumsdiskussionen oder ähnlichem, bei denen kein Eintritt verlangt

wird, ihre Veranstaltungen kostenfrei einstellen (lassen) können. Es ist momentan sehr schwer von solchen Veranstaltungen Kenntnis zu nehmen, da nicht einmal die städtischen Gebäude, in denen die Räumlichkeiten für solche öffentlichen Veranstaltungen angemietet sind, auf deren Internetpräsenz darüber informieren. Das ist schade für die Bürger, aber auch schade für die Veranstalter die unentgeltlich einen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt leisten wollen und sicher auch eine regere Teilnahme begrüßen würden. Eventuell wäre mit einer Zunahme von Veranstaltungen dieser Art zu rechnen, wenn sich heraus stellen würde, dass stets genug Interessenten kommen und nicht nur die Personen, die sich sowie so im Dunstkreis der jeweiligen Organisation bewegen, anwesend sind, damit der Raum nicht noch leerer ist.



## **2 BILDUNG**

### **2.1 GANZTAGESBETREUUNG AUSBAUEN**

Berufliche und familiäre Lebensumstände machen eine umfassende Betreuung an Schulen über die reine Wissensvermittlung hinaus notwendig. Die Piratenpartei Augsburg setzt sich dafür ein, das bereits bestehende Angebot an Ganztagsbetreuung bedarfsorientiert auszubauen und dabei hohe pädagogische und räumliche Qualitätsstandards zu gewährleisten.

### **2.2 INKLUSION ERMÖGLICHEN UND ERLEICHTERN**

Die Piratenpartei Augsburg setzt sich dafür ein, durch die Schaffung von zusätzlichen Personalstellen die Inklusion von Kindern mit geistigen oder körperlichen Einschränkungen zu ermöglichen. Des Weiteren sollen diese Bemühungen um ein ganzheitliche Gesellschaft durch einfache aber effektive bauliche Maßnahmen weiter erleichtert werden. Langfristiges Ziel ist die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zu allen städtischen Bildungseinrichtungen.

## **2.3 IT-AUSSTATTUNG DER SCHULEN VERBESSERN**

Unter Mitarbeit von pädagogischen Fachkräften soll ein modernes und zukunftsorientiertes Lernen an Schulen auch im IT-Bereich ermöglicht werden. Häufig ist die vorhandene Hardware-Ausstattung in Schulen einige Jahre alt und kann somit nicht mehr mit modernen Betriebssystemen und aktueller Software genutzt werden, da für ältere Geräte keine Treiber bereitgestellt und Programme entwickelt werden. Diese bereits bestehende Infrastruktur soll, auch in Anlehnung an die Umstellung auf freie Software in der Kommunalverwaltung<sup>1</sup>, in die schrittweise Modernisierung eingebunden werden. Die Verwendung freier Software ermöglicht es hierbei, kostengünstig existierende Ausstattung weiter zu verwenden und dennoch hochwertige Bildungsarbeit zu leisten.

## **2.4 SANIERUNG UND MODERNISIERUNG DER GEBÄUDE**

Die räumlichen Bedingungen an vielen Schulen in Augsburg sind katastrophal. Durch ein ausgereiftes und umfassendes Sanierungskonzept soll dieser Zustand nachhaltig behoben werden. Das Konzept wird in Zusammenarbeit mit Experten erstellt und durchgeführt, speziell unter dem Gesichtspunkt der Energie- und Kosteneffizienz. Die flächendeckende Sanierung soll nicht nur bauliche Verbesserungen, sondern auch personelle Aufstockung im Bereich

---

<sup>1</sup>ToDo: Verlinkung auf den Programmpunkt

des Wartungs- und Reinigungspersonals beinhalten. Durch zusätzliche Arbeitskräfte soll nicht nur die Sauberkeit gewährleistet, sondern auch das bereits vorhandene Personal entlastet werden.

## **2.5 SOZIALPÄDAGOGISCHE ARBEIT STÄRKEN**

Unterstützend zum Ausbau der Ganztagesbetreuung soll durch zusätzliches Fachpersonal und hochwertige räumliche Ausstattung die sozialpädagogische Arbeit an den Schulen erweitert und verbessert werden. Die dadurch entstehenden Arbeitsplätze sind ein weiterer Pluspunkt für den Lebensraum Augsburg.

## **3 BÜRGERBETEILIGUNG UND BÜRGERRECHTE**

### **3.1 BETEILIGUNG DER BÜRGER AN PROJEKTEN UND GROSSPROJEKTEN**

Die jüngere Geschichte Augsburgs ist durchzogen von intransparenten und jahrelang umstrittenen Bauvorhaben und Großprojekten. Die Stadtregierung hat hier immer wieder bewiesen, wie durch mangelhafte Bürgerbeteiligung wichtige Projekte gefährdet werden können. Bürgerbeteiligung beginnt mit Information und Transparenz. Akzeptanz von Projekten wird durch Nachvollziehbarkeit geschaffen. Deshalb muss über geplante Projekte von Anfang an umfassend informiert werden.

Birgt ein Projekt viel Streit-Potenzial, sollen die Bürger stärker beteiligt werden, zum Beispiel durch Maßnahmen wie Diskussionsveranstaltungen, Bürgerbefragungen bis hin zu bindenden Bürgerentscheiden.

## **3.2 EINFÜHRUNG EINES BÜRGERHAUSHALTS**

### **3.2.1 GRUNDVERSTÄNDNIS**

Ein Bürgerhaushalt ermöglicht eine Mitarbeit der Bürger am Haushaltsplan und damit auch ein Mitbestimmen über die Verwendung von kommunalen Finanzmitteln. Bürgerhaushalte beschränken sich nicht auf einzelne Stadtteile, sondern sind für die gesamte Stadt bzw. Gemeinde ausgelegt und als dauerhafte, regelmäßig wiederkehrende Verfahren angelegt.

Beispiele wie der Stuttgarter Bürgerhaushalt zeigen, dass ein nur auf Vorschläge zielendes Verfahren den Ansprüchen eines richtigen Bürgerhaushaltes nicht genügt. Statt der Erstellung eines wilden Wunschzettels, der nicht weiter beachtet werden muss, sollen die Bürger über die Verwendung von einem vorbestimmten Teil der Finanzen mitbestimmen. Der Stadt- bzw. Gemeinderat hat das letzte Wort und muss die Vorschläge bzw. Prioritäten auf Gültigkeit und Umsetzbarkeit prüfen und bewerten, ist dann aber an die Umsetzung gebunden und gegenüber den Bürgern rechenschaftspflichtig.

Deshalb setzt sich die Piratenpartei Augsburg für die Ein- und Durchführung von dauerhaften Bürgerhaushalten ein.

### **3.2.2 TRANSPARENZ**

Transparenz ist Voraussetzung, Begleiter und Ziel eines Bürgerhaushaltes. Es muss von Anfang an verständlich zugänglich sein, woher die Stadt oder Gemeinde ihr Geld bekommt und was damit gemacht werden soll. Die Prozesse der Haushaltsplanung müssen für die Bürger nachvollziehbar sein.

### **3.2.3 INFORMATION**

Deshalb ist eine intensive Informationsphase und Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Maßnahmen zur Information sind u.a. Flyer und Broschüren, Informationsveranstaltungen, Zeitungsanzeigen und das Internet. Ein Bürgerhaushalt benötigt die Unterstützung des Gemeinderates und der Verwaltung.

### **3.2.4 DIALOG- UND BETEILIGUNGSPHASE**

Die Art der Beteiligung kann vielfältig sein und muss auf die Anforderungen und Spezifikationen der einzelnen Kommune angepasst sein. Möglich sind zum Beispiel Prioritätenlisten für Investitionen oder Einsparungen, denen die Bürger ihre Stimme geben oder das Einbringen von eigenen Vorschlägen, die bindend in den Haushaltsplan einfließen. Diskussionsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Gemeinderatsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter sollten sich an der Diskussion beteiligen. Das stärkt den Dialog und das so eingebrachte Fachwissen kann eine Hilfe sein. Das Internet bietet sich als Plattform für die Durchführung und Diskussion an, moderiert und idealerweise ergänzt durch von der

Gemeinde organisierte Veranstaltungen. Aber auch eine Durchführung auf Papier, zum Beispiel zusammen mit den Gemeindebriefen verteilt, ist denkbar. Wird der Bürgerhaushalt online durchgeführt, muss technisches Know-how vorhanden sein, um einen Missbrauch so gering wie möglich zu halten. Dies ist auch mit beschränkten finanziellen Mitteln möglich.

### **3.2.5 RECHENSCHAFT**

Rechenschaft ist schließlich ein wichtiger Faktor. Der Stadt- sowie die Gemeinderäte muss transparent darlegen, was umgesetzt und was abgelehnt wurde und dies begründen. Eine transparente Analyse und Darstellung der Folgen und Ergebnisse der Bürgerentscheidungen bilden den Auftakt des nächsten Bürgerhaushaltes für den kommenden Haushaltsplan.

## **4 DATENSCHUTZ UND TRANSPARENZ**

### **4.1 DATENHERAUSGABE DURCH BÜRGERÄMTER NUR NACH ZUSTIMMUNG**

Privatpersonen, Firmen, Kirchen, Parteien und andere Einrichtungen fordern von Bürgerämtern gegen geringe Gebühren Daten über Bürger ohne deren Einwilligung an, um diese zu privaten oder kommerziellen Zwecken zu verwenden. Eine Weitergabe von Informationen über Bürger ohne deren Einwilligung lehnen wir ab. Alle Bürgerämter der Stadt Augsburg sowie des Landkreises werden angehalten, diese Praxis zu beenden, da sie dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung widerspricht. Stattdessen muss in Zukunft sichergestellt sein, dass die Erlaubnis der Bürger eingeholt wurde, bevor Informationen über sie herausgegeben werden. Wurde diese Erlaubnis erteilt, soll der Bürger auf Anfrage Informationen über die getätigten Abfragen erhalten und seine Erlaubnis jederzeit widerrufen können.



## **4.2 DATENSCHUTZSCHULUNGEN FÜR KOMMUNALE MITARBEITER**

Gesetze und Vorschriften zum Datenschutz sind umfangreich und ändern sich häufig. Regelmäßige Schulungen zum Landesdatenschutzrecht und Datenschutzvorschriften sowie den Rechten der Betroffenen sollen den Mitarbeitern zu einem sensiblen Umgang mit Daten und datenschutzgerechten Arbeitsabläufen verhelfen.

## **4.3 INFORMATIONSFREIHEITSSATZUNG FÜR AUGSBURG**

Die von der Bayerischen Staatsregierung und den Landtagsfraktionen der CSU und der FDP eingenommene Ablehnungshaltung ist nicht hinnehmbar. Sie macht deutlich, dass diese kein Interesse an der Informationsfreiheit der Bayerischen Bürger haben, sondern in monarchischem Habitus ihr Herrschaftswissen nach Gutdünken preisgeben wollen. Gerade die Vorgänge um die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre machen deutlich, dass ein Rechtsanspruch auf Information unverzichtbar ist. Auch vor dem Hintergrund, dass auf Bundesebene und in zahlreichen Bundesländern die Informationsfreiheit eingeführt wurde, ist es inakzeptabel, dies den Bayerischen Bürgern auf Landesebene zu verwehren. In Nordrhein-Westfalen gilt das Informationsfreiheitsgesetz schon seit einigen Jahren. Die dort gemachten Erfahrungen zeigen, dass entgegen der Ansicht der übermächtigen CSU-Vorbeter und der willfährigen FDP sehr wohl ein Bedürfnis der Bürger auf mehr In-

formation und Offenheit besteht. Die dortige Regelung ist kostenneutral, weil für die Akteneinsicht angemessene Gebühren fällig werden. Eine befürchtete Überlastung der Behörden ist nicht eingetreten. Es spricht also aus Sicht des freien und mündigen Bürgers rein gar nichts dagegen, der Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Information durch die Behörden einzuräumen.

Die Piratenpartei Augsburg fordert nachdrücklich die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Erleichterung der Information der Augsburger Bürger durch die kommunalen Behörden. Es ist für freie und mündige Bürger nicht hinnehmbar, dass ihnen die Einsicht in nicht geheimhaltungsbedürftige behördliche Akten verwehrt wird. Nicht die Bürger müssen darlegen, dass sie ein besonderes Interesse an der Einsicht in behördliche Akten und Vorgänge bekommen, sondern der Staat muss darlegen und nachweisen, weshalb er seinen Bürgern die Einsicht verwehren will. Die Bürger müssen einen Rechtsanspruch auf behördliche Informationen bekommen. Das Informationsfreiheitsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) kann hierzu als Anhaltspunkt dienen.

## **4.4 STADTWERKE GMBH WIEDER IN EINEN EIGENBETRIEB DER STADT AUGSBURG ÜBERFÜHREN UM TRANSPARENZ WIEDERHERZUSTELLEN**

Die Piratenpartei Augsburg setzt sich dafür ein die Stadtwerke GmbH wieder in einen Eigenbetrieb der Stadt Augsburg zu überführen um Transparenz wiederherzustellen. Diese Maßnahme erlaubt, zusammen mit einer Informationsfreiheitsatzung für die Stadt Augsburg, die Kontrolle der Stadtwerke durch die Bürger. Momentan sind Auskünfte von den insgesamt 8 (!) GmbHs aus denen die Stadtwerke Augsburg bestehen mit Verweis darauf, dass es sich um Geschäftsgeheimnisse handle verweigerbar. Eine Struktur aus einer Holding mit diversen separat firmierenden Gliederungen ist alles Andere als Transparent.

## **4.5 KEINE VIDEOÜBERWACHUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM**

Die Beobachtung und Überwachung des öffentlichen Raums lehnen wir strikt ab. Und dies unabhängig davon, ob die Überwachungsmaßnahmen durch private oder öffentliche Hand betrieben werden. Bereits angewandte Maßnahmen und der Einsatz neuer Technologien bei der öffentlichen Überwachung sind kritisch zu hin-

terfragen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Das Gefühl, durch Kameras beobachtet zu werden, vermittelt keine Sicherheit, sondern schränkt die persönliche Freiheit ein.

Während Videoüberwachung immer weiter verbreitet ist, wird bei Präventionsarbeit und städtebaulichen Maßnahmen gespart, die Ihre langfristige Sicherheit verbessern würden.

Deshalb wollen wir, dass bei derzeitig bestehenden Videoüberwachungen systematisch durch die kommunale Verwaltung Augsburgs überprüft wird, ob sie erforderlich, geeignet und verhältnismäßig sind. Genügen bestehende oder geplante Maßnahmen nicht den gesetzlichen Vorgaben, sind sie abzulehnen. Eine anlasslose Überwachung von Menschen durch Kameras ist ein Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.

## **4.6 KEINE VIDEOÜBERWACHUNG IN ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN**

Die Piratenpartei Augsburg lehnt Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln ab, weil sie Ausdruck eines pauschalen Verdachts gegenüber Fahrgästen, Fahrzeugführern oder Begleitern des Verkehrsmittels ist. Oftmals wird vergessen, dass neben den Fahrgästen natürlich auch Betriebsangestellte wie Busfahrer oder Bahnschaffner von der ständigen Überwachung betroffen sind. Dies lässt sich mit einem verantwortungsbewussten Arbeitnehmerdatenschutz nicht vereinbaren.

Städtische Betriebe oder öffentlich beauftragte Dienstleistungsunternehmen sollen sich von derartigen anlasslosen Maßnahmen distanzieren und bereits installierte Videokameras entfernen. Die zur rein technischen Bedienung der Fahrzeuge notwendige Kameras bleiben davon unberührt.

Mit Unternehmen, die diese Bedingungen in den im öffentlichen Nahverkehr Augsburgs eingesetzten Bussen und Bahnen nicht erfüllen, sollen zukünftig keine Verträge mehr geschlossen werden. Kameras helfen niemandem in gefährlichen Situationen. Stattdessen kann Gewalt tatsächlich nur verhindert werden, indem das Begleitpersonal aufgestockt wird. Dies wollen wir umsetzen und damit für mehr echte Sicherheit sorgen.

## **5 OFFENE STANDARDS UND FREIE NETZE**

### **5.1 FREIE NETZTE**

In vielen Städten und Gemeinden, auch in Augsburg, gibt es lokale, von einzelnen Bürgern betriebene und selbstverwaltete (Funk-)Netzwerke. Diese fördern die lokale Kommunikation der Bürger untereinander und helfen mit, digitale und soziale Gräben zu überwinden. Beispielsweise kann ein solches Funknetz die Infrastruktur für eine stadtweite Basisversorgung mit Internet via WLAN bilden. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg solcher freien Netzwerke ist es, Zugang zu funktechnisch optimalen Standorten zu haben, auf denen Infrastruktur installiert wird. Hierdurch verbessert sich die Netzabdeckung und mehr Menschen wird die Teilnahme an den Bürgernetzen ermöglicht. Initiativen wie z.B. freifunk.net, die sich den Aufbau freier Netze zum Ziel gesetzt haben, scheitern jedoch häufig an bestehenden Beschränkungen bei Zugang zu solchen optimalen Standorten. Durch die Kooperation der Stadt Augsburg können hier jedoch weitere attraktive Standorte erschlossen werden.

Der Kreisverband Augsburg der Piratenpartei fordert den Auf- und Ausbau freier Funknetze und die Unterstützung lokaler Initiativen wie z.B. Freifunk. Die Stadtregierung gewährt den Initiatoren Zugang zu städtischen Gebäuden, um die günstige Lage der zentral gelegenen Gebäude zur Erweiterung zu nutzen.

## **5.2 FREIE SOFTWARE IN KOMMUNALER IT-INFRASTRUKTUR**

Die Piratenpartei Augsburg setzt sich für die Umstellung der IT-Landschaft auf freie Software ein. Der konsequente Einsatz offener Software reduziert die laufenden IT-Infrastrukturkosten in erheblichem Maß durch den Wegfall der Lizenzkosten proprietärer Software:

- Durch die Einführung von quelloffener Software und die Benutzung offener Standards werden nicht nur Kosten eingespart, sondern auch die regionale Wirtschaft gestärkt.
- Kommunikation mit dem Bürger sollte vollständig in offenen Formaten erfolgen.
- Innerhalb der Verwaltung soll die Kommunikation ebenfalls offene Standards nutzen, sofern dem keine schwerwiegenden Hindernisse entgegenstehen.
- Die Kommune Augsburg profitiert in der öffentlichen Wahrnehmung, wie auch München, durch eine technologische Vorreiterrolle.

Proprietäre und kommerzielle Software bietet keine Garantie dafür, dass der Benutzer die Inhalte, die er heute produziert, auch morgen noch abrufen kann. Ebenso können damit erstellte Dokumente von Bürgern unter Umständen erst nach dem Erwerb kostenpflichtiger Software legal genutzt werden.

Aus diesem Grund haben sich die Europäische Kommission, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie, die Stadtverwaltung Bristol, die Stadtverwaltung München, die Stadtverwaltung Wien, die französische Gendarmerie, diverse Ministerien und staatliche Einrichtungen in Indien (darunter die National Bank und der Oberste Gerichtshof) sowie die Unternehmen Oracle, IBM, Lenovo und Orange (Mobilfunk) für den Einsatz von OpenOffice.org und damit auch für unabhängige Formate und offene Standards in der Verwaltung entschieden. Der Wechsel ist mittlerweile durchaus komfortabel möglich, in der Stadtverwaltung München arbeiten bereits 15.000 PCs mit diesem System; dadurch konnten 33% der IT-Kosten eingespart werden. Für die Umstellung fallen im wesentlichen Kosten in Form von Schulungskosten an, diese fallen jedoch bei Updates auf neue Versionen anderer Programme ebenfalls an.

Die Stadt Augsburg würde sich damit in eine Reihe erfolgreicher Verwaltungen einreihen, die mit dem Wechsel zu offenen Standards und freier Software die Verwaltungskosten gesenkt haben, die Region durch Förderung regionaler IT-Projekte stärken und gleichzeitig die politische Teilhabe der Bürger erleichtern würde.



## **5.3 OFFENE STANDARDS IN DER KOMMUNALEN VERWALTUNG UND POLITIK**

Politik und Verwaltung sollen transparente und kostengünstige Einrichtungen zur Information und Organisation des öffentlichen Lebens für den Bürger sein und nicht nur dessen behördeninterne Verwaltung sicher stellen. Die Piratenpartei fordert daher die leichte Zugänglichkeit aller öffentlicher Unterlagen durch Verwendung offener Standards, sofern diese Unterlagen nicht die berechtigten Datenschutzinteressen des Einzelnen gefährden. Offene Standards wie ODT für Dokumente oder SIP für Internettelefonie sind ohne Einschränkungen für jeden Bürger zugänglich und steigern dadurch die Teilhabe am politischen Geschehen. Der Einsatz von offenen Standards und Formaten bietet außerdem die Möglichkeit plattformabhängiger Ausschreibungen für die IT-Infrastruktur. So können auch kleine und mittelständische Händler aussichtsreich an Ausschreibungen der öffentlichen Hand teilnehmen, was zu einer Regionalisierung der Gewinnschöpfung und Stärkung eines lokalen Wirtschafts- und Technologiestandorts führt.

## 6 INFRASTRUKTUR

### 6.1 BARRIEREFREIHEIT

Die Stadt Augsburg verpflichtet sich zur Einhaltung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Barrierefreiheit ist bei allen städtischen Projekten bereits zu Beginn in den Planungsphasen zu berücksichtigen. Alle Kreuzungen und Haltestellen sind zeitnah barrierefrei mit abgesenkten Bordsteinen und taktilen Flächen für Blinde und sehbehinderte Menschen zu versehen, Fußgängerampeln werden mit Audiosignalen nachgerüstet und regelmäßig gewartet. Die Innenstadt ist mittelfristig nach dem Vorbild anderer Kommunen mit einem Leitsystem für Blinde und Sehbehinderte auszustatten. Das Leitsystem soll in enger Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden sowie unter Koordination durch den Behindertenbeirat der Stadt Augsburg erarbeitet und auf die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

## **6.2 BARRIEREFREIE SPIELPLÄTZE FÖRDERN**

Ein barrierefreier Spielplatz muss die ganze Vielfalt aller Menschen abdecken und sind grundsätzlich nicht sonderlich teurer als nicht barrierefreie. Man muss die Projekte nur von Anfang an richtig planen und durchdenken. Spielplätze sind Begegnungsorte. Hier treffen sich Menschen unterschiedlichen Alters, aus verschiedenen Gesellschaftsschichten, Menschen mit und ohne Behinderung.

Die Piratenpartei Augsburg setzt sich dafür ein, barrierefreie Spielplätze im Stadtgebiet zu fördern und zu fordern. Bereits bestehende Einrichtungen sollen im Sinne der Barrierefreiheit und Inklusion sukzessive erweitert bzw. saniert werden. Spielplätze für Rollstuhlfahrer, Spielgeräte die für Rollstuhlfahrer nutzbar sind und Beschäftigungsmöglichkeiten, die von einem Rollstuhl aus durchgeführt werden können sollen hierbei geschaffen werden. Für blinde oder sehbehinderte Spielplatzbesucher sollen Orientierungshilfen wie Leitlinien oder auffallend farblich gekennzeichnete Bereiche geschaffen werden. Auf Geräten soll der Gleichgewichtssinn beansprucht und geschult werden können. Anregungen für den Geruchssinn, den Hörsinn oder Tastsinn sollen geschaffen werden. Soweit wie möglich sollen Spielplätze eine nahegelegene (behindertengerechte) Toilette oder gar eine Wickelmöglichkeit bieten. Ruhe- und Schattenplätze wären weiterhin erstrebenswert.

## **6.3 BESSERE VERNETZUNG VON FAHRRADWEGEN IM LÄNDLICHEN RAUM**

Inzwischen sind im Landkreis Augsburg etliche Fahrradweg entlang der Ortsverbindungsstraßen entstanden. Leider enden diese Fahrradwege oft direkt am Ortsanfang oder kurz danach, ohne die Radfahrer wieder in den allgemeinen Verkehrsfluss zu integrieren. Typisches Beispiel sind etwa gemeinsam genutzte Rad- und Fußwege, die auf einmal zu reinen Fußwegen umgewidmet werden, ohne dass diese eine Möglichkeit zur Ausleitung auf die Straße erhalten. Radfahrer machen einen großen Teil des aktiven Verkehrs innerhalb von Ortschaften aus. Trotzdem sind sie bisher kaum sinnvoll in bestehende Verkehrskonzepte eingebunden.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass Fahrradwege durch Gemeinden ausgewiesen und gebaut werden. Wenn eine Routenführung der Durchgangsstraße entlang nicht möglich ist, sollten Alternativrouten über Seitenstraßen oder um die Gemeinde herum entsprechend ausgebaut und beschildert werden.

Vor allem bei Neu- und Umbauten von Ortsdurchfahrten muss auf einen fahrradgerechten Ausbau geachtet werden. Hier hält sich die finanzielle Mehrbelastung durch frühzeitige Planungsmöglichkeiten in Grenzen; es wird zudem ein integriertes Verkehrskonzept ermöglicht, das verschiedenartige Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer gleichermaßen berücksichtigt.

Auch beim Neubau von Ortsumgehungsstraßen sollten zusätzlich Fahrradwege entlang der Umgehung angelegt werden.

## 6.4 SEMESTERTICKET

Abklären, was hier rein kommt. Zwei konkurrierende Anträge im Wiki!

## 6.5 ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) spielt eine zentrale Rolle für die Entwicklung einer Stadt und für die Versorgungsqualität der städtischen Einrichtungen für die Bürger. Augsburg mit seiner dichtbebauten, kompakten und strassenarmen Innenstadt ist als Versorgungsmittelpunkt Nordschwabens anhaltend verkehrsüberlastet.

Auch die kostspieligen und kontrovers aufgenommenen Strassenbaumassnahmen der letzten Jahre konnten den Individualverkehr nur teilweise neu ordnen, ohne ihn als zentrales Mittel der Mobilität zu stark einzuschränken. Die Kosten dieser und weiterer Strassenbaunahmen belasten zusätzlich den städtischen Haushalt und schränkt die zukünftige Gestaltungsfähigkeit Augsburgs ein. Mit Verkehrsregeln und Verboten allein kann man den Bürgern nicht zu städteplanerischer Weitsicht bewegen: man muss ihnen ein besseres Angebot machen.

Glücklicherweise gibt es mit dem ÖPNV als Lösungsansatz für innerstädtische Verkehrsprobleme bereits umfassende Erfahrungen. Die grundsätzliche Wichtigkeit eines öffentlichen Transportnetzes steht heute ausser Frage; um es allerdings zur vollen Wirkung zu bringen, haben bereits mehrere Städte erfolgreich die Fi-

finanzierung des Nahverkehrsnetzes neu definiert: Ebenso wie Straßen, die dem Bürger kostenlos zur Verfügung stehen, entfaltet auch der ÖPNV seine Wirkung als Instrument der Stadtentwicklung erst, wenn er fahrscheinlos gemacht wurde. Fahrscheinlos, bedeutet nicht kostenlos. Die Finanzierung erfolgt über ein Umlageverfahren: Durch den Wegfall des Vertriebs der Fahrscheine kommt es zu Einsparungen, während die signifikant ansteigenden Umsätzen bei Gastronomie und Einzelhandel im Innenstadtbereich mit mehr Einnahmen generieren.

Die Piratenpartei Augsburg schlägt zur Finanzierung das Modell 2 x 15 vor. Für die Finanzierung des fahrscheinlosen ÖPNV wird eine Gebühr in Höhe von 15€ je Monat pro Einwohner erhoben. Schüler, Studenten und soziale Schwache sind von der Gebühr befreit. Die paritätische Beteiligung an der Finanzierung der Unternehmen in Augsburg wird durch einen Beitrag von 15€ pro Arbeitnehmer je Monat erreicht.

Die Vorteile des fahrscheinlosen ÖPNV sind dagegen massiv:

Wie schon in anderen Städten bringt ein für den Benutzer kostenfreier Nahverkehr einen deutlichen Besucher-Zustrom in die Innenstadt: Handel und Gastronomie blühen in Vergleichsszenarien um bis zu einem Drittel auf. Die konstant verkehrsüberlastete Augsburger Innenstadt würde in grossem Umfang immissionsentlastet. Sowohl Lärm als auch Abgase werden durch stärkere Nutzung des Nahverkehrs drastisch reduziert, was dem Nachholbedarf Augsburgs beim Umweltschutz sehr entgegenkommt. Die freie Mobilität via ÖPNV entlastet die sozialen Spannungen in der von Im-

migration geprägten nordschwäbischen Metropole; Schüler, Studenten, Auszubildende, Sozial Schwache und Senioren erhalten durch den F-ÖPNV bessere Lebensqualität.

Die Piratenpartei Augsburg will angesichts dieser eklantanten Vorteile den fahrscheinlosen Öffentlichen Personennahverkehr in Augsburg einführen.

## **6.6 UMWELTZONE**

Die Piratenpartei steht für eine kritische Betrachtung aller politischen Entscheidungen und somit auch der Umweltzone. An der Wirksamkeit der Umweltzone im Augsburger Stadtgebiet gab und gibt es Zweifel. Wir wollen eine Neubewertung der Messdaten erreichen, gerade mit neuen Messdaten. Sollten diese Daten nicht belastbar sein oder die Wirkungslosigkeit der bisherigen Maßnahmen belegen, so werden wir uns für eine Abschaffung der Umweltzone einsetzen. Die Kosten der Umweltzone müssen vollständig offengelegt werden, um eine umfassende Bewertung der Zone zu ermöglichen.

## 7 STADTENTWICKLUNG

### 7.1 ECHTEN ÖFFENTLICHEN RAUM ERHALTEN - GEGEN DEN TEMPORÄREN UND PERMANENTEN VERLUST ÖFFENTLICHEN RAUMES

Die Piratenpartei setzt sich für Aufenthaltsqualität und eine Belebung des öffentlichen Raumes ein. Dazu gehört unter anderem die freie Nutzbarkeit der Flächen durch jeden Bürger ohne Konsumzwang. Die Piratenpartei sieht darin eine Umsetzungsvariante der gesellschaftlichen Teilhabe und eine Stärkung des lokalen gesellschaftlichen Lebens. Für die Bevölkerung der Stadt bedeutet diese Veränderung eine Steigerung der Lebensqualität, da die zentralen Orte nicht mehr nur Konsumraum sind, sondern auch Raum zum zwanglosen verweilen und Kommunikation jenseits der eigenen Konsummöglichkeiten ist.

Die Praxis der letzten Jahre Teile des öffentlichen Raumes als Gastronomieaußenfläche zu verpachten steht somit den Zielen der Piratenpartei entgegen. Hierdurch wird aus öffentlichen Raum ein Raum gemacht, in dem private Rechte, beispielsweise ein Konsumzwang, durchsetzbar sind.



Anstelle der Verpachtung als Gastronomieaußenfläche sollen die entsprechenden Gremien die Fläche als Aufenthaltsfläche gestalten. Auf einer solchen soll man genauso die gastronomischen Leistungen in Anspruch nehmen können, jedoch sich auch so treffen können.

Komunen soll über eine Änderung des Kommunalen Abgabengesetzes die Möglichkeit gegeben werden, die Flächen zu gestalten. Damit wird verhindert, dass die Gastronomen die Flächen mit Außenmöbeln „gestalten“, die schrille Werbeaussagen für Kaffee- oder Biermarken tragen. So wird auch das Stadtbild aufgewertet.

## **7.2 INSTANDHALTUNG UND SANIERUNG VON BAUWERKEN UND INFRASTRUKTUR IM STADTGEBIET**

Die Bausubstanz vieler öffentlicher Bauwerke im Stadtgebiet ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Obwohl in der Vergangenheit teilweise entsprechende Prüfungen der Bausubstanz durchgeführt wurden, erfolgte - abgesehen von vereinzelten energetischen Sanierungsmaßnahmen - keine zeitnahe Instandsetzung der Bauwerke.

Durch eine verzögerte Mängelbeseitigung entstehen jedoch weitere Schäden, so dass die vordergründige Kostenersparnis durch einen erhöhten und kostenintensiveren Instandsetzungsbedarf zu einem späteren Zeitpunkt erkaufte wird. Ab einem entsprechenden Schädigungsgrad ist eine wirtschaftliche Sanierung überhaupt nicht

mehr möglich, so dass ein teuer Abriss und Neubau des Bauwerks erfolgen muss. Dies bedeutet im Endeffekt eine Verschwendung von Steuergeldern.

Zusätzlich können durch mangelhafte Prüfung und Wartung von Bauteilen und Gebäuden erhebliche Sicherheitsrisiken entstehen, welche zu Personenschäden führen können. Katastrophen wie in Bad Reichenhall, die Menschenleben fordern, müssen unbedingt vermieden werden.

Die Piratenpartei setzt sich aus diesem Grund dafür ein, die Bau- substanz aller öffentlichen Bauwerke in regelmäßigen Abständen durch internes oder externes, qualifiziertes Fachpersonal überprüfen zu lassen. Instandsetzungsbedürftige Bauwerke sollen nach Möglichkeit kurzfristig instandgesetzt werden, um höhere Kosten durch Folgeschäden zu vermeiden. Hierfür müssen im städtischen Haushalt entsprechende Mittel eingeplant und den Bauämtern bereitgestellt werden.

## **7.3 KÖNIGSPLATZ/HALTESTELLEN WIEDER ZU ECHTEM ÖFFENTLICHEN RAUM MACHEN**

Momentan sind der Königsplatz und die anderen Haltestellen in Augsburg durch die Ausgliederung des öffentlichen Nahverkehrs als Stadtwerke Augsburg Verkehrs-GmbH halböffentlicher Raum, in dem Sicherheitsdienste im Rahmen des Hausrechts Zutritt verwehren oder Menschen verweisen können.

Verkehrsknotenpunkte sollten stets öffentlicher Raum sein. Dass heißt für jeden Menschen gleichermaßen zugänglich. Für die öffentlichen Ordnung sorgt dann die Polizei statt wenig vertrauenerweckender privater Sicherheitsdienste. Die Polizei kann zwar auch einen Platzverweis unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen erteilen, aber nicht willkürlich, wie es das Hausrecht der Stadtwerke GmbH erlaubt.

## **7.4 ÖFFENTLICHE WASSERSPENDER IM STADTGEBIET**

Wasser ist ein Menschenrecht. Daher sollte Trinkwasser allen Menschen, auch wenn diese gerade unterwegs sind, kostenfrei zur Verfügung stehen. Zur Einlösung dieser Forderung sollen an stark frequentierten öffentlichen Orten im Stadtgebiet (beispielsweise, aber nicht nur, an Verkehrsknotenpunkten, in der Fußgängerzone und an Schulen) Wasserspender aufgestellt werden.

- Eine ausreichende Hydrierung kann besonders im Sommer helfen Kreislaufbeschwerden, sowie Kopfschmerzen und daher Stress für den Einzelnen aber auch bei Anderen vorzubeugen.
- Niemand wäre mehr gezwungen seinen Durst später zu befriedigen wenn dies sofort aufgrund der verfügbaren finanziellen Mittel oder verfügbarer Zeit nicht möglich ist entgeltlich und ggf mit Wartezeit ein Getränk zu erwerben.

- Der überall kostenfreie zugängliche Durstlöscher aus dem Trinkwasserspender hilft mit, die möglicherweise ungesunde Vorliebe von Kindern und Jugendlichen für Softdrinks zu verringern.

Neben den gesundheitlichen Vorteilen bedeutet ein geringerer Konsum an meist PET-Flaschen mit Wasser oder Softdrinks auch weniger Ressourcenverbrauch für Verpackung und Transport von Getränken.

Letztlich befördert diese Maßnahme auch die touristische Attraktivität der Stadt, da dem Gast vermittelt wird, dass er hier nicht zur Befriedigung eines so grundlegenden Bedürfnisses wie Durst zu Kasse gebeten wird.

Als Beispiel kann die bisherige Praxis der Stadt Wien heran gezogen werden.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup><http://www.vienna.at/mobile-trinkbrunnen-wiener-hochquellwasser-gegen-durst/news-20110504-11013289>

## 8 WIRTSCHAFT UND SOZIALES

### 8.1 ABGEORDNETENWATCH FÜR AUGSBURG STADT UND LANDKREIS

Die Piratenpartei Augsburg fordert die Einführung einer Kommunalinstanz von Abgeordnetenwatch für die Stadt und das Land. Nach Angaben von Abgeordnetenwatch entstehen hierfür jeweils 100€ an Kosten pro Monat. Wir sind der Meinung, dass dies von der öffentlichen Hand getragen werden kann, bis sich genug Spender aus der Bürgerschaft finden. Die Möglichkeiten der bürgerlichen Teilhabe an Entscheidungsprozessen bzw. deren Nachvollziehbarkeit, sowie der Kontakt zu den gewählten Vertretern der Bevölkerung wird dadurch massiv gesteigert.

In vielen deutschen Kommunen wird dieses System bereits praktiziert, darunter in Bayern Memmingen, München, Regensburg, Fürstentfeldbruck und der Landkreis Coburg.<sup>1</sup> Die Rückmeldungen aus den Kommunen ist sehr positiv<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup><http://www.abgeordnetenwatch.de/kommunen-933-0.html>

<sup>2</sup><https://netzpolitik.org/2011/abgeordnetenwatch-auf-kommunaler-ebene/>

## 8.2 DIGITALER TOURISMUSFÜHRER

Digitale Endgeräte fördern durch ihr Kartenmaterial und durch ihre Internetfähigkeit die Möglichkeiten der Touristen zur unabhängigen Erkundung des Stadtgebiets. Diesen Tourismus wollen wir Piraten fördern, da unserer Meinung nach Touristen, die die Stadt auf eigene Faust erkunden, bereit sind, mehr Zeit – und Geld – in der lokalen Wirtschaft und Gastronomie zu lassen.

Hierzu könnte man Nutzern des freien WLANs eine Startseite anbieten mit einer Karte der Sehenswürdigkeiten, Geschäfte und gastronomischen Angeboten – basierend auf dem freien Kartenangebot Open Street Map. An den touristischen Highlights könnten für Endgeräte lesbare Links (sogenannte QR-Codes) angebracht sein, die eingescannt auf textuelle und audiovisuellen Inhalte leiten, welche weitere Informationen über den aktuellen Aufenthaltsort bereitstellen. So erhalten die Touristen einen digitalen Tourismusführer und ein einmaliges Erlebnis. Bei guter Aufbereitung kann man die Touristen durch die gegebenen Informationen gezielt durch das Weltkulturerbe steuern, ohne dass man ihnen die Freiheiten zur eigenen Erkundung nimmt. In vielen anderen Städten, darunter Aalen[2], Eupen[3] und Rottenburg[4] wird dieses Konzept bereits seit mehreren Jahren erfolgreich praktiziert.

## **8.3 MINDESTLOHN KOMMUNALER ANGESTELLTER**

Die Piratenpartei Augsburg fordert einen Mindestlohn von 8,50 EUR für alle Angestellten und Mitarbeiter der Stadt Augsburg und ihrer Betriebe. Ebenso fordern wir eine Auftragsvergabe durch die Stadt nur an Firmen, die diesen Mindestlohn garantieren.

Bei 173,3 Stunden im Monat sind das lediglich 1.473,05 EUR / Monat. (52 Wochen = 4,33 Wochen pro Monat Bei 40 Wochenstunden sind dies 173,3 Stunden / Monat) Bei einem Alleinverdiener (25 Jahre, ges. KV/RV/ALV versichert, Steuerklasse 1, keine Kinder) bleiben damit Netto 1.074,94 EUR.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup><http://www.brutto-netto-rechner.info/gehalt/gehaltsrechner-arbeitgeber.php>